

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 59. Sitzung vom 25. Februar 2010 zum Thema: Senat muss Mieterprobleme im Fanny-Hensel-Kiez ernst nehmen.

Ich würde die Senatorin vorlassen. Hier ist ja eine Frage von großem Interesse aufgeworfen worden. Aber sie möchte nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Tagesordnungspunkt fast ein Sammelsurium von Anträgen zu behandeln. Ich will mich auf einige wenige konzentrieren. Wir haben einmal den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Betreff „Mietsteigerungen durch Absenkung der Kappungsgrenze reduzieren“. Dieser Antrag hat, wenn Sie das mal am Datum nachvollziehen möchten, ungefähr ein Jahr im Ausschuss für Bauen und Wohnen gelegen. Die Koalition hatte immer wieder um Vertagung gebeten oder sie durchgesetzt. Jetzt sind wir endlich zu einer Abstimmung gekommen, und nun liegt er hier auf dem Tisch. Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Antrag. Das soll eine Bundesratsinitiative zur Veränderung im Mietrecht werden.

Damit korrespondiert der Antrag der Koalition „Mietrecht transparent und sozial gerecht gestalten“. Sie haben einige Vorschläge von uns aufgegriffen. Dafür herzlichen Dank! Das Ganze hat aber doch den Charakter eines Prüfauftrags insofern, als Sie den Senat bitten festzustellen, ob alle die von Ihnen hier aufgeworfenen Punkte sinnvoll sind, und er soll das dann mitteilen und ggf. auf der Bundesebene aktiv werden. Meine Damen und Herren von der Koalition! Es ist natürlich schwächlich, wenn Sie nicht selber wissen, was Sie wollen, sondern den Senat das hier prüfen lassen. Der wird sicherlich prüfen und feststellen: Es ist alles unnötig.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der CDU]

Kommen wir zu der zweiten Thematik, sozialer Wohnungsbau: Hier ist schon einiges ausgeführt worden. Da ist insbesondere bedauerlich, dass wir diesen Antrag „Soziales Mietenkonzept für Berlin“ heute nicht verabschieden, den die CDU eingebracht hat, denn der behandelt u. a. auch das Thema Fanny-Hensel-Kiez, weil er nämlich sagt: Wir wollen von der Objektförderung wegkommen hin zu einer Subjektförderung. – Das heißt, die Menschen, die bedürftig sind, sollen Geld zum Wohnen bekommen und nicht die Eigentümer und schon gar nicht die mit leerstehenden Wohnungen. Das ist der Kern dieses Antrags, und ich glaube, er hätte uns auch in der aktuellen Debatte zum Fanny-Hensel-Kiez heute sehr helfen können.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Zu unserem Dringlichkeitsantrag, der dieses Thema Schöneberger Straße am Anhalter Bahnhof, Fanny-Hensel-Kiez, aufgreift: Ich hätte mir gewünscht, dass wir in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Wohnen in der letzten Woche von der Senatorin Frau Junge-Reyer, die anwesend war, erfahren hätten, was sie in dem Fall unternommen hat, dass sie mit dem Eigentümer Kontakt aufgenommen hat, dass sie sich über die Härtefallregelung und deren Auslegung Gedanken gemacht und Signale an die Bewohner gesendet hat. All dies ist nicht passiert – im Gegenteil. Es ist die Frage aufgeworfen worden: Frau Senatorin! Haben Sie wenigstens die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften informiert, dass hier evtl. Bedürftige in gewisser Anzahl kommen, die schnell eine Wohnung brauchen? – Da ist herausgekommen: Mitnichten! Niemand ist informiert worden, und die Mieter haben sich an

zwei landeseigene Gesellschaften gewandt. Dort war weder das Thema bekannt, noch war irgendein Wohnungsangebot vorhanden. Das ist Versagen auf der ganzen Linie.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich möchte Sie bitten, dem Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen, damit wir ein Signal senden und die Senatorin jetzt sofort aktiv werden kann. Von allein ist das nicht geschehen. Ich glaube, wir müssen das in Gang setzen, damit der Senat sich endlich um dieses Thema kümmert. Die Leute warten auf ein Signal. Wir werden nicht allen versprechen können – das sei vielleicht dazugesagt –, dass sie in den Wohnungen bleiben können.

[Burgunde Grosse (SPD): Aha!]

Aber wir müssen – dafür gibt es die Härtefallregelungen, die Umzugshilfe und die landeseigenen Gesellschaften – in Einzelfällen helfen, nämlich da, wo es sozial Bedürftige sind, wo es sich um Notfälle handelt. Ich finde, dazu hat der Senat bisher nichts beigetragen. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen und der CDU]